

15. Juni 2022

## Interpellation

von Samuel Balsiger (SVP)  
und Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP)

Seit Jahren berichten Medien weltweit über die systematische Unterdrückung von Uiguren in China. Das kommunistische Regime in Peking geht brutal gegen die muslimische Minderheit vor. Der Tages-Anzeiger schreibt am 24. Mai 2022: «Tausende Fotos geben verstörende Einblicke in Uiguren-Lager». Und watson.ch fasst zwei Tage später die Informationen von seriösen Quellen wie folgt zusammen:

«Es ist ein herber Schlag für die chinesische Propaganda. Seit Jahren verharmlost die Regierung in Peking ihre ungeheuerliche Repressionspolitik gegen die uigurische Minderheit und nennt die Internierungslager, in denen sie vermutlich rund eine Million Uiguren festhält, schönfärberisch «berufliche Fortbildungseinrichtungen». Doch jetzt sind neue Belege aufgetaucht, die die chinesischen Behauptungen Lügen strafen. (...)

Die Berichte ehemaliger Häftlinge sind schockierend: Die Insassen der «Fortbildungseinrichtungen» erleben Vergewaltigungen und Folterungen und sind ständiger politischer Indoktrination ausgesetzt. Chinesische Wachleute setzten Tränengas, Taser und mit Nägeln versehene Knüppel ein; die Lager sind mit Stacheldraht eingezäunt und werden mit Infrarot-Kameras überwacht. (...)

Umfang und Brutalität der chinesischen Unterdrückungspolitik im Verbund mit der fortgesetzten Sinisierung lassen es gerechtfertigt erscheinen, hier von einem kulturellen Genozid zu sprechen.» (Siniisierung bedeutet, eine gesellschaftliche Kultur chinesisch zu formen).

Die SVP forderte mit dem Postulat 2020/363 schon vor rund zwei Jahren, dass die Stadt Zürich ihre Nähe zum kommunistischen China verringert. Damals ging es um die «Sistierung der Städtepartnerschaft mit Kunming bis zur demokratischen Wahl einer Regierung in China».

Der Tages-Anzeiger wies bereits am 11. Oktober 2018 auf die dortige Unterdrückungspolitik hin: «Die Arbeitslager werden wieder genutzt: Eine Umerziehungsanstalt in Kunming». Während der Debatte zum SVP-Vorstoss sagte Corine Mauch im Namen des Stadtrates: «Auch wir verfolgen die innen- und die aussenpolitischen Entwicklungen in China intensiv und auch immer wieder sehr besorgt. (...) es ist gelungen, gute, persönliche und vertrauensvolle Beziehungen zu knüpfen zu unseren Partnerinnen und Partner in der Stadt Kunming».

Wusste der Stadtrat also von der chinesischen Unterdrückungspolitik in Kunming und lehnte den SVP-Vorstoss dennoch ab? Klar ist: Wer hinsehen wollte, der wusste von den eklatanten Menschenrechtsverletzungen.

Doch der rot-grün dominierte Gemeinderat und der Stadtrat hielten unverständlicherweise an ihrer China-Politik fest. Alle Parteien ausser der SVP und der EVP mit ihrem christlichen Menschenbild stimmten gegen die Sistierung der Städtepartnerschaft mit Kunming.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Hat der Stadtrat oder sonst jemand aus der Stadtverwaltung den Städtepartner Kunming je auf die seit Jahren bekannten eklatanten Menschenrechtsverletzungen angesprochen?
2. Falls weder der Stadtrat noch sonst jemand aus der Stadtverwaltung den Städtepartner Kunming je auf die seit Jahren bekannten eklatanten Menschenrechtsverletzungen angesprochen hat, warum wurde das nicht gemacht?
3. Corine Mauch sagte während der Debatte zum SVP-Vorstoss: «Wandel ist ohne Dialog nicht möglich». Wird der Stadtrat oder sonst jemand aus der Stadtverwaltung die Verantwortlichen in Kunming auf die eklatanten Menschenrechtsverletzungen ansprechen? Dafür braucht es keine Städtepartnerschaft.
4. Falls weder der Stadtrat noch sonst jemand aus der Stadtverwaltung die Verantwortlichen in Kunming auf die eklatanten Menschenrechtsverletzungen ansprechen wird, warum wird das nicht gemacht?
5. Welche Fortschritte hat die Städtepartnerschaft mit Kunming bislang gebracht? Corine Mauch lobte während der Debatte zum SVP-Vorstoss die separate Busspur, die durch die Nähe zu Kunming dort eingeführt werden konnte. Sind solche «Fortschritte» höher zu gewichten als die eklatanten Menschenrechtsverletzungen? (Siehe auch Beilage).
6. Corine Mauch sagte während der Debatte zum SVP-Vorstoss: «China ist einer von den entscheidenden Akteuren in der globalen Klimapolitik. Das ist ein sehr grosser Hebel». Spricht der Stadtrat die eklatanten Menschenrechtsverletzungen in Kunming und im restlichen China nicht an, weil er der Klimapolitik alles unterordnet?

Samuel Balganz  
Boulet im Ordern

**Abo** Neues Datenleck in China

## Tausende Fotos geben verstörende Einblicke in Uiguren-Lager

Aus dem Innern des Lagersystems in Xinjiang sind nie gesehene Bilder aufgetaucht – pünktlich zum Eintreffen der UNO-Kommissarin Michelle Bachelet in China.

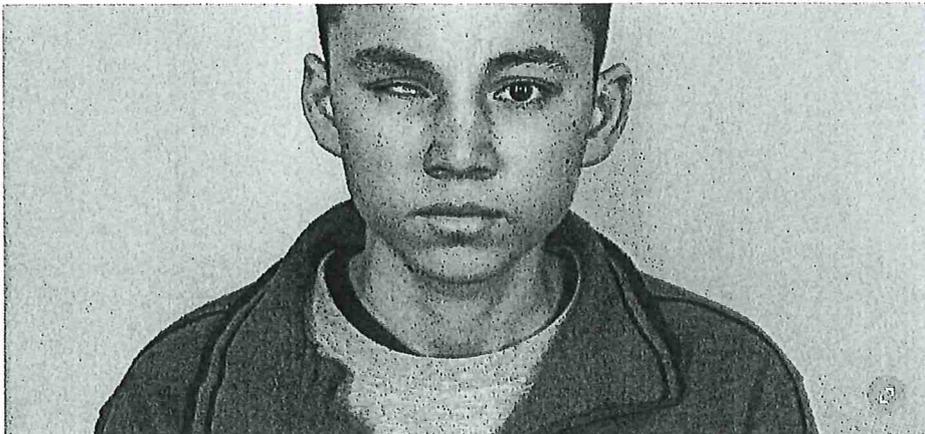
Kai Strittmatter aus Kopenhagen  
Aktualisiert: 24.05.2022, 17:14

 40   



Einblicke in die Unterdrückung der Uiguren und das Grauen der Lager: Ein Mann sitzt in einer Art Folterstuhl in der Anstalt Tekes.

Foto: [xinjiangpolicefiles.org](http://xinjiangpolicefiles.org)



Auf der Website Xinjiang Police Files sind Porträts Tausender Insassen abrufbar. Dieser Jugendliche war zur Zeit der Aufnahme 16-jährig. Grund für die Internierung: Er soll 2016 mit mehreren Studenten in leer stehende Häuser von Han-Bewohnern eingedrungen sein und «extreme Gedanken». Auch seine Eltern, Geschwister, eine Grossmutter, Onkel und Tanten sollen verhaftet worden sein.

Foto: [xinjiangpolicefiles.org](http://xinjiangpolicefiles.org)